

Warum „Länger gemeinsam lernen“?

Von Christian B. Schad

Historische Entwicklung

Das deutsche gegliederte Schulsystem hat sich über mehr als zwei Jahrhunderte im Umfeld von ständegesellschaftlichen Strukturen und vordemokratischer Verfassungsverhältnisse entwickelt. Die im 19. Jahrhundert geschaffene Differenzierung der Schularten nach niederen, mittleren und höheren Anstalten setzt sich im Prinzip bis heute fort. In der Zuweisung der Schüler zu den verschiedenen Schularten gemäß ihrer sozialen Herkunft finden diese Rahmenbedingungen auch heute noch ihre deutliche Abbildung, denn die Systematik dieser Grundstruktur gilt unter etwas verschleierte Bedingungen bis heute fort.



Die Auslese der in Entwicklung befindlichen jungen Generation wird mit der Zuweisung zu einem bestimmten Schultyp in Klasse vier besonders deutlich. Diese Zuweisung ist heute deshalb besonders prekär, weil sie in Teilen eine soziale Zuweisung und keine Zuweisung nach Fähigkeiten ist, wie zahlreiche Studien (Pisa, etc.) nachgewiesen haben. Hiergegen wendet sich in verstärktem Maße elterlicher Protest. Leittragende dieses verfrühten Selektionsprozesses sind die Kinder. Gerade in der vierten Klasse haben sie Erwartungen zu erfüllen, die nur als ungesund bezeichnet werden können. Diese Entwicklung geschieht zudem auf dem Hintergrund eines teilweise verfrühten Einschulungstermins. Pädagogische Gesichtspunkte bleiben oftmals unberücksichtigt.

Waldorfschulen als Ort gemeinsamen Lernens

Es war Rudolf Steiner, der für die Waldorfschulen ein Konzept eines gemeinsamen



Bildungsganges aller Schüler von Klasse eins bis zwölf entworfen hatte. So wurde beispielsweise die Koedukation eingeführt. Mädchen und Jungen saßen zusammen in einem Klassenzimmer. Die Frage des gemeinsamen Lernens ist heute aktueller denn je. Waldorfpädagogik kann ihre langen Erfahrungswerte in die heutige bildungspolitische Diskussion einbringen. Hier lernen Schüler ohne die Gefahr der Nichtversetzung und mit Notenfreiheit ihre individuellen Fähigkeiten zu entwickeln. Ziel ist die Erziehung zur Freiheit.

Aktuelle Situation

Zahlreiche Parteien und Bildungsinstitutionen haben sich gegenwärtig ein Ziel gesetzt, nämlich das längere gemeinsame Lernen zu ermöglichen, um so den Heranwachsenden mehr Zeit für ihre Entwicklung zu geben. Hier seien die Stichwort „Basisschule“;

„Gemeinschaftsschule“ oder „Bürgerschule“ genannt. Durch die Einführung und Wiederbelebung dieser Begriffe wird deutlich, dass sich die Bildungspolitik wandelt. Schulische Bildung zielt dabei nicht nur auf die Vermittlung kognitiver Fähigkeiten ab, genauso wichtig sind kreative, manuelle sowie soziale Fähigkeiten. Durch längeres gemeinsames Lernen von Schülern können diese sich wechselseitig fördern, weil gemeinsame Entwicklungsschritte verlässliche soziale Bindungen in der Klasse ermöglichen.



Es sind vorwiegend Eltern, die für ihre Kinder neue Schulkonzepte fordern, um so den jeweiligen Bedingungen ihrer Kinder gerecht zu werden und zwar unabhängig von den sozialen Unterschieden. Längeres gemeinsames Lernen steht für eine pädagogische Konzeption, die allen Schülerinnen und Schülern gemäß ihren individuellen Lernvoraussetzungen und Entwicklungspotenzialen offen stehen soll. Gemeinsames Lernen beachtet und fördert dabei die sich im Verlauf der Schulzeit konkretisierenden Lebensentwürfe, Interessen und Neigungen. Sie ermöglicht eine Grundbildung, die aussichtsreiche Anschlüsse an die differenzierten Bildungsgänge des nachschulischen Bildungssektors sichert.

Forderungen an die Bildungspolitik aus Sicht der Waldorfpädagogik

Zentrale Forderung vieler Bildungsträger an die Bildungspolitik ist heute die Verlängerung des gemeinsamen Lernens auf mindestens zehn Jahre. Die positiven Erfahrungen der Waldorfschulen mit einer zwölfjährigen Bildungsbiographie, die auf die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten (Kompetenzen) der einzelnen Schüler ausgerichtet sind, kann diese Forderung nur unterstrichen.

- Einführung eines mittleren Bildungsabschlusses als Regelziel für die berufliche Ausbildung.
- Nachweis der Studienbefähigung durch dokumentierte Kompetenznachweise.
- Innere Reform der Unterrichtsarbeit in Richtung Begabungsentwicklung durch individualisierte Förderung.
- Integration der Schüler aller Begabungsrichtungen (Inklusion) mit Profilbildung der Unterrichtsinhalte. Keine Selektion. Kein Sitzenbleiben.
- Schule als Ort sozialer Bindungen in Kooperation mit anderen Bildungs- und Jugendhilfeträgern.

- Umwandlung von einem gegliederten Schulwesen in ein gestuftes System, in dem Leistung gefördert und gefordert wird.
- Verfrühung und Beschleunigung schulischer Entwicklung verhindern.
- Erweiterung der einzelschulischen Gestaltungsfreiheit und schulischen Autonomie. Dadurch Innovations- und Reformbereitschaft.
- Abkehr vom Zentralismus von Prüfungen hin zu Kompetenz- und Fähigkeitsnachweisen von Schülern.
- Stärkung von Selbstbewusstsein und Persönlichkeit mit individueller Förderung und sozialpädagogischer Begleitung
- Neugestaltung der Lehrerbildung mit sozialpädagogischen Inhalten.
- Ausbau der Kindertagesstätten zu Einrichtungen, in denen Betreuung und Erziehung ergänzt werden, um eine zwar spielerische, dennoch aber systematisch voranschreitende Bildungsarbeit zu gewährleisten.

Position der Waldorfschulen in Baden-Württemberg

Waldorfschulen können ihre Erfahrung in den gegenwärtig laufenden bildungspolitischen Diskurs einbringen. Waldorfschulen haben in der Diskussion über Fragen längeren gemeinsamen Lernens den Vorteil, bereits eine lange Tradition mit dieser schulischen Konzeption vorzuweisen.

Ohne jede Arroganz können sie ihre langjährigen Erfahrungswerte in die bildungspolitische Debatte einbringen. Sie treten seit 90 Jahren den Beweis an, dass längeres gemeinsames Lernen umsetzbar ist.



© waldorf online, Forum der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg e.V.,
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart
Nachdruck ohne Veränderung mit Quellenangabe erlaubt.

Fotos: Gerhard Gscheidle